

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

27.2.1907 (No. 58)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 27. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelber frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1907.

Nr. 58.

Klärung.

Als am 13. Dezember v. J. der Reichskanzler die Ablehnung des Nachtragssets für Deutsch-Südwestafrika durch die damalige schwarz-rote Koalition mit der Verlesung der kaiserlichen Orde zur Auflösung des Reichstags beantwortete, widerholte der Reichstagsaal von den freudigen Beifallrufen der Winderheitsparteien. Begeisterung erfüllte die weitesten Schichten des deutschen Volkes; in dem Ergebnis der Neuwahlen, die die Verneinung der Mehrheit des vorigen Reichstags herbeiführten, kam das wiedererwachte Nationalbewußtsein zum Ausdruck. Es mußte befremden, daß in den Tagen vor dem Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten in einem Teile jener Presse, die zur Erreichung einer nationalen Mehrheit in dankenswerter Weise mitgewirkt hat, die Beforgnis zum Ausdruck kam, es werde die Reichsregierung trotzdem keine Aenderung in ihrer Stellung zu den Parteien eintreten lassen. Wir haben diese Äußerungen sofort als irreführend gekennzeichnet. Nichts in dem bisherigen politischen Verhalten des Reichskanzlers berechtigte zu der Annahme, daß er Kundgebungen, welche während der Wahlbewegung von ihm selbst oder von Persönlichkeiten herrührten, die über seine Absichten unterrichtet sein konnten, späterhin verleugnen und daß er über das antinationale Verhalten des bürgerlichen Teils der Mehrheit vom 13. Dezember v. J. mit fürsorglicher Schöpfung hinweggehen würde. Fürst Bülow hat Wort gehalten. Die Thronrede hat den Kundgebungen des Reichskanzlers im Namen der Verbündeten Regierungen die kaiserliche Sanction erteilt und Fürst Bülow hat bereits am ersten Tage der Etatsberatung seine Stellung zum neuen Reichstag in so rückhaltloser Form und mit so zweifelsfreien Worten dargelegt, daß man berechtigt ist, von einer Klärung der innerpolitischen Lage zu sprechen.

Die Rede des Reichskanzlers gipfelt in der Aufstellung eines Arbeitsprogramms, das gleichermaßen den von konservativer wie von liberaler Seite fundgegebenen Anschauungen und Wünschen entspricht. Auch hier zeigt es sich, daß das Eingreifen der Reichsregierung in die Wahlbewegung, das durch die bewußt falschen Behauptungen der früheren Reichstagsmehrheit hervorgerufen worden ist, nichts gemein hatte mit bloßer Stimmungsmache, sondern den Zweck, die Parteien zu sammeln für eine ersprießliche Durchführung der in Aussicht genommenen gesetzgeberischen Arbeiten, an deren Spitze wir mit großer Begeisterung die Fortführung der Sozialreform sehen. Der mit Nachdruck vom Reichskanzler angekündigte Entschluß, auch fernerhin die Wähler aufzuklären über die Absichten der Verbündeten Regierungen und ihrer Gegner, wird die Willigung aller rechtlich denkenden Politiker finden, die meinen, daß die Regierungen nicht einfach die Exekutoren von Parteibeschlüssen sein sollen und gewiß nicht dazu da sind, sich einer „Unparteilichkeit“ zu befleißigen, die die Dinge im Reiche und im Staate laufen läßt, wie es ihnen beliebt.

„Im Vertrauen auf den deutschen Geist“, hat der Reformator der deutschen Kunst sein gewaltigstes Werk in jahreelänglichen Ringen geschaffen; im Vertrauen auf den deutschen Geist wurde die große Tat der Reichstagsauflösung gewagt. Gewiß, Begeisterung ist keine Säuglingsware, die sich einpöfeln läßt; aber der aus nationaler Begeisterung hervorgegangene Wille, das Reich zu schützen gegen Ueberfälle, wie sie der 13. Dezember 1906 zur ungetrübten Freude unserer Gegner im Auslande gebracht hat, muß festgehalten und zur Tat werden. Den Weg hat Fürst Bülow in seiner Rede gewiesen!

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 25. Februar.

Abg. Spahn (Zentr.) fortfahrend: Das Zentrum hat den Rufus der Thronrede freudig begrüßt, daß zu den fremden Mächten korrekte Beziehungen bestehen und daß die Regierung entschlossen sei, die soziale Gesetzgebung im Sinne Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen. Seine Forderung verlange in Initiativanträgen unter anderem die Einführung von Arbeitsstammern, ein Gesetz, betreffend die Sicherung und den Ausbau des Koalitionsrechtes, die Ausgestaltung der Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Außerdem brachten wir Anträge zur Hebung des Handwerkes ein und auch den Toleranzantrag haben wir wieder eingebracht. Wir verlangen gleiches Recht für alle, somit auch für jede Konfession. Nehner beklagt dann die Mängel, die sich bei den letzten Wahlen in bezug auf das Wahlgesetz

herausgestellt haben, und fragt, wie weit die Vorbereitungen für die Reform der Strafprozedur geblieben seien. Der Reichskanzler habe in seiner Rede vor dem Reichstagsaal am 19. Januar von einer Paarung des liberalen und des konservativen Geistes gesprochen. (Lachen im Zentrum.) Wir stehen hiermit vor der Tatsache, daß in der inneren Politik eine Schwenkung vorgenommen worden ist. Im Wahlkampfe seien die Parteileidenschaften mit nie dagewesener Heftigkeit aufgewühlt worden. (Große Unruhe, Zurufe links), nicht von uns — fährt der Redner fort —, sondern von Ihnen (nach links), auch durch den Reichskanzler. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es ist durchaus nicht richtig, daß wir die Religion zu politischen Zwecken gebrauchen. (Fortgesetzte Unruhe links.) Das Eingreifen des Reichskanzlers in den Wahlkampf muß entschieden zurückgewiesen werden. Nehner kommt sodann auf das Eingreifen des Generalmajors Keim in den Wahlkampf zu sprechen und kritisiert sehr scharf dessen Korrespondenz mit dem Reichskanzler. Der Reichskanzler hätte bei seinem ganzen Auftreten etwas mehr Rücksicht nehmen sollen auf die stärkste Partei, das Zentrum, denn er die bedeutendsten Erfolge verdankt. (Lebhafte Beifall im Zentrum. Stürmische Ausrufe: Nein! Große Unruhe.) Wir verlangen vom Reichskanzler, daß er unsere Ehre, die er vor aller Welt angegriffen hat, öffentlich wieder herstellt. Nehner schließt, wir kehren nicht geschwächt zurück, deshalb verlangen wir Rücksicht. Wir werden im Rahmen unseres alten Programms unserm Ziele nach wie vor zustreben. (Beifall im Zentrum; Rufen rechts und links.)

(Während der Rede Spahns war der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin in der Hofloge erschienen.)

Abg. Dr. Basse (natl.) begrüßt es freudig, daß durch die Thronrede ein frischer nationaler Zug geht und betont, das Resultat der Wahlen sei, daß das Ziel der Reichstagsauflösung erreicht worden sei. Die große Niederlage der Sozialdemokraten sei auch den Nationalliberalen überraschend gekommen. Der Nebenregierung und den unliebsamen Gruppen von Hintertreppenspolitikern sei durch die Wahlen ein Ende gemacht worden. Am Rande würde man es nicht verstanden haben, wenn der Präsident des Reichstages wieder dem Zentrum entnommen worden wäre. Seine Partei begrüße die Wiederbringung der im letzten Jahre abgelehnten Vorschläge, zum Beispiel die Errichtung eines Reichskolonialamtes. Dem Danke des Vaterlandes für die Truppen in Afrika schließen wir uns voll und ganz an. Der Deutsche Flottenverein sei bei seinem Eingreifen in die Wahlpolitik gegenüber dem Zentrum der reine Waisenhunde. (Sehr gut!) Der Flottenverein sei ein vortrefflicher Verein. Die Briefe an Herrn v. Nieber und Gidhoff seien zweifellos gestohlen. (Sehr richtig!) Wenn der „Bayerische Kurier“ diese kriminelle Handlung sich zunutze macht, so halte er das für eine Gemeinheit. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit; Lärm im Zentrum.) Großen Dank schulde man auch Herrn v. B. für seine aufklärenden Vorträge im Wahlkampfe. Ein solches Auftreten sei ein Fortschritt. Ein Kulturkämpfer sei er nicht. Wollte das Zentrum Ruhe haben, so brauche es nur den Toleranzantrag nicht mehr einzubringen. (Sehr gut! Seitert.) Nehner geht dann auf die Wahlkampagne ein und sagt, die Nationalliberalen hätten nicht einen Sekel des Zentrums der Sozialdemokratie ausgegeben. Das Zentrum dagegen habe die Parole ausgegeben: „Reinem Nationalliberalen eine Stimme.“ Zwölf liberale Sitze wurden vom Zentrum der Sozialdemokratie ausgeliefert. Auch das sozialdemokratisch-ultramontane Vorgehen in Elbstadt, Hannover und Westfalen ist lässlich für die Zentrumspolitik. Es handelt sich um ein bestimmtes System. Auch meine Faktion ist für eine gesunde Fortführung der Sozialpolitik. Wir dürfen nicht wieder mit Sozialgesetzen bedacht werden; diese verfehlen doch nur ihren Zweck. Ob das Reichsamt des Innern fernerhin unterteilt bestehen kann, erscheint uns fraglich. Die Gesetzesvorlagen müßten aus einem freibeitlichen Geiste heraus gemacht werden und freie Vereinbarkeit müsse garantiert werden. Unter anderem verlangen wir ausgebreitete Sicherung des Wohlgeheimnisses und liberale Reformen. Solche können allein erfolgreich gegen die Sozialdemokratie wirken. Mit Sozialgesetzen ist nichts getan. (Sehr richtig!) Wir wollen keine Erwerbungspolitik, wollen uns aber auch keine Interessen über von anderen Mächten gefallen lassen. (Sehr gut!) Wir wollen eine tüchtige Flotte. Das koloniale Interesse ist in einer Art und Weise vertieft, wie es seit Jahren nicht der Fall gewesen ist. Die Zukunft ist nicht auf Seiten der Sozialdemokratie, sondern sie gehört der nationalen Arbeiterbewegung. Nicht die Regierungssagitation hat die Wahlen gemacht, sondern die rastlose Tätigkeit des Bürgertums. Die Wahlen geben uns die Gewähr, daß unser Volk allemal da, wo es sich um eine große nationale Frage handelt, sich um die Reichsstandarte scharen wird. (Lebhafte, anhaltende Beifall und Handklatschen bei der Mehrheit; Rufen im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst Bülow: Herr Spahn hat sich mit meiner Stellung zur Zentrumspartei beschäftigt. Ich mache auch heute kein Hehl daraus, daß ich lange und ehrlich befreit gewesen bin, die Mitwirkung der Zentrumspartei für große Aufgaben unserer nationalen Politik zu gewinnen. Das war von mir nicht nur taktische Klugheit, das war meine Pflicht gegenüber dem Lande. Wie die Parteiverhältnisse im Reichstage lagen, gab es keine andere Möglichkeit, fruchtbarere innere Politik zu machen. Gewiß, meine Herren, das Zentrum bildete am 13. Dezember auch mit der Sozialdemokratie eine feste Mehrheit. Ich hätte aber mal die Politik sehen mögen, die man auf die Dauer mit dieser Mehrheit gemacht hätte. Auch mit anderen Parteien bildete das Zentrum eine Mehrheit. Mit dieser Mehrheit bestimmte gesetzgeberische Aufgaben zu lösen, bin ich befreit gewesen. So habe ich im Reiche den Ausbau der deutschen Flotte ermöglicht und den Zolltarif, die Handelsverträge, die Brüsseler Zuderkonvention, die Reichsfinanzreform; in Preußen die Kanalvorlage, die Bergarbeiternovelle, das Volksschulgesetz zustande gebracht. Da kam der Zusammenstoß zwischen dem Kolonialdirektor und dem Abgeordneten Noeren. Daß es zu diesem Zusammenstoß kam, mußte mich damals in hohem Grade überraschen, weil auf meine Ver-

anlassung und in meinem Beisein der Kolonialdirektor zwei hervorragenden Führern der Zentrumspartei den ganzen Status causae, die begründeten Beschwerden und die berechtigten Erwartungen der Kolonialverwaltung vorgetragen hatte. Der Abg. Noeren ging gegen den Kolonialdirektor in einer in der Sache nicht begründeten, in der Form maßlosen Weise vor. Am Tage nach diesem Zusammenstoß bin ich hier erschienen und habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich hinter dem Kolonialdirektor stände, der auf meine Befehle gehandelt hat. Ich habe es bis zuletzt für ausgeschlossen gehalten, daß mich die Zentrumspartei für diese meine selbstverständliche und pflichtmäßige Haltung durch die Ablehnung einer Forderung würde strafen wollen, bei der es sich nicht nur um eine große Prinzipienfrage handelte. Der Abg. Spahn hat das von mir gesprochene Wort der wünschenswerten Paarung von konservativem und liberalem Geiste beanstandet. Nun, meine Herren, ich bin auch heute der Ansicht, daß gerade die fruchtbarsten Epochen in unserer Entwicklung zurückzuführen sind auf die richtige Mischung von konservativem und liberalem Geiste. Das damalige Gerede von Zickzack und Fortwursteln war ebenso töricht wie die Behauptung von meiner Abhängigkeit von der Zentrumspartei. Ohne eine innerliche homogene Mehrheit läßt sich keine programmatische Politik treiben, ohne eine solche lassen sich nur bestimmte Fragen von Fall zu Fall lösen. Es war ganz in der Ordnung, so lange es ging, mit der Mehrheit zu regieren, die für nationale Zwecke vorhanden war und ich diese Mehrheit in den Dienst einer solchen Sache gestellt habe. Ich erkenne auch heute durchaus an, daß das Zentrum mitgewirkt hat bei solchen Aufgaben, und daß es geholfen hat, sie in einer Weise zu lösen, die im Interesse des Landes war, bis zu dem Tage, wo das Zentrum sich nicht nur getrennt hat von allen anderen bürgerlichen Parteien, mit denen zusammen es so große Aufgaben gelöst hatte, sondern wo es die Regierung gezwungen hat, den Reichstag aufzulösen. Denn das Zusammengehen mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Der Einfluß und die Macht einer Partei werden zu einer Geißel, sie werden zu einer Plage für das Land, wenn sie gemißbraucht werden. Wie ist es zu dieser Krisis gekommen? Ich will Ihnen meine Auffassung vortragen. Als ich diesem Hause den neuen Kolonialdirektor vorstellte, habe ich die in der Kolonialverwaltung begangenen Fehler und Irrtümer offen eingeräumt. Ich habe nichts vertuscht; ich habe gesagt, daß die zur Sprache gebrachten und wirklich vorgefallenen Missethate streng unterzucht und unmissverständlich geahndet werden sollten. Ich habe der bestimmten Absicht Ausdruck gegeben, Wandlung und Besserung zu schaffen; ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich auf die Mitwirkung dieses Hauses rechne, damit auf eine vorübergehende, vielleicht notwendige, aber sehr unregelmäßige und auf die Dauer dem Kredit des Landes schädliche Periode eines ununterbrochenen Wachsens schmückiger Wäsche endlich, eine Zeit ruhiger und fruchtbarer Arbeit in unserer Kolonialverwaltung folgen könnte. Da kam der Zusammenstoß zwischen dem Kolonialdirektor und dem Abg. Noeren. Dieser Zusammenstoß mußte überraschen, weil man eine andere Entwicklung der Dinge nach der Ausrufung des Kolonialdirektors erwarten mußte. Ich habe dann eingegriffen. Die fruchtbarere Entwicklung in unserer Politik ist zurückzuführen auf die richtige Mischung konservativen und liberalen Geistes. Aber eine Paarung, die ich allerdings bis zum letzten Augenblicke nicht für möglich gehalten habe, das war die Paarung Noeren-Singer, die am 13. Dezember uns entgegentrat. Es ist nicht möglich, ernst zu warnen, als ich es in der Sitzung vom 13. Dezember getan habe. Wer daraufhin nicht den Ernst der Situation einsah und die Unmöglichkeit für die Verbündeten Regierung, unter das ihnen zugemutete laudinische Joch zu gehen, dem war nicht zu helfen. Wenn die Herren von der Zentrumspartei die Verständigung gewollt hätten, wenn sie unter Wahrung des beiderseitigen prinzipiellen und Ehrenstandpunktes die Auflösung des Reichstages hätten vermeiden wollen, so brauchten sie nur für den Antrag Ablaß zu stimmen. Der das Budgetrecht des Reichstages vollkommen wahrte und dem Wunsch nach Ersparnissen jede Rücksicht trug. Sie haben es nicht getan, weil sie gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung duden wollten. Das hat diese sich nicht gefallen lassen und wird sie sich niemals gefallen lassen. Der Herr Abg. Spahn hat auch gemeint, durch das Vorgehen der Regierung wäre die Ehre der Zentrumspartei verletzt worden. Wodurch soll ich denn die Ehre der Zentrumspartei verletzt haben? Etwa dadurch, daß ich ohne ihre Erlaubnis den Reichstag aufgelöst habe? Das wäre nicht mehr ausschlaggebende Partei, nicht der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, von dem Herr Spahn gesprochen: es wäre nicht einmal Trumpf, sondern es wäre Parteihyrannei. Die läßt sich niemand gefallen. In Artikeln der sozialdemokratischen wie der Zentrumspresse und zu meinem tiefen Bedauern auch in Wahlaufzügen ist die Sache so dargestellt worden, als ob es sich darum handelte, verfassungsmäßige Einrichtungen und Freiheiten gegen das persönliche Regiment zu verteidigen. Das war eine Freiführung der Wähler; das war das Aufstecken eines falschen Signals, um die Wähler irreführen zu lassen. Es ist ja die Unsitte eingerissen, das persönliche Regiment als eine Art von Popanz hinzustellen. Einen Popanz, um die politischen Kinder zu schrecken, deren Zahl allerdings ziemlich groß ist. Wie ist das persönliche Regiment in die Erscheinung getreten, weder in der Braunschweigischen Frage, noch bei anderen Anlässen, noch insbesondere bei der Auflösung des Reichstags. Die Auflösung des Reichstags war die durchaus konstitutionelle Ausübung eines in der Verfassung festgelegten Rechts und in keiner Weise ein Vorstoß gegen die Stellung des Reichstags. Von einer Verdröhung der Reichsverfassung durch das persönliche Regiment ist überhaupt nie die Rede gewesen; eine solche liegt ganz außerhalb des Terrains der Wahrscheinlichkeit und der Möglichkeit. Wohl aber sind unsere verfassungsmäßigen Einrichtungen, die von den Verbündeten Regierungen gewissenhaft beobachtet und treu benahrt werden, bebroht durch die Partei, welche auf der äußersten Linken sitzt und die ihre letzten Ziele ja gar nicht anders erreichen kann, als durch einen Verfassungsbruch. Und an die Seite dieser Partei hat sich die Zen-

trumpspartei gestellt. Der Reichstag hat das Recht, Vorlagen der Verbündeten Regierungen abzulehnen; die Verbündeten Regierungen haben das Recht, wenn sie es im Interesse des Landes für notwendig halten, mit Zustimmung des Kaisers den Reichstag aufzulösen. Ich erkläre es ein für allemal für eine dreifache Unwahrheit, wenn man der Regierung, an deren Spitze ich stehe, wenn man mir verfassungswidrige Handlungen oder Absichten oder Gesinnungen imputiert. Ich habe das Wahlgeheimnis durch ein besonderes Gesetz geschützt. Ich habe wiederholt erklärt und erkläre, daß ich auf dem Boden der Verfassung stehe. Ich habe das Recht des Reichstags nicht verletzt, sondern gewahrt, nicht es in Frage gestellt, sondern behütet. Ich verbitte mir solche wahrheitswidrigen Insinuationen. Es handelt sich bei der Wahlkampagne nicht um Absolutismus, Despotismus, Militarismus und Feudalismus und wie die Ismus alle lauten, sondern es handelt sich darum, daß das Zentrum, von der Sozialdemokratie gestützt, die Verbündeten Regierungen in die Enge treiben wollten. Nun hat der Abg. Spahn auch davon gesprochen, daß durch den Wahlkampf die religiösen Leidenschaften aufgewühlt worden wären. Darauf erwidere ich, daß zu den größten Wahrheitsentstellungen die Behauptung gehört, die katholische Religion sei in Gefahr und es würde ein neuer Kulturkampf vorbereitet. Wenn es eine Regierung gibt, welche den Vorwurf religionsfeindlicher und namentlich katholischenfeindlicher Gesinnung nicht zu scheuen braucht, so ist es die Regierung, an deren Spitze ich stehe. So etwas zu verbreiten, wie das im Wahlkampfe geschehen ist, war nicht nur direkt wahrheitswidrig, es war auch eine unpatrisiotische Handlung. Der Abg. Spahn hat soeben gemeint, es wäre durch den Wahlkampf die Kluft zwischen den beiden Konfessionen erweitert worden. Wenn das der Fall wäre, so würde das mich mit dem tiefsten Bedauern erfüllen, aber es würde vor allem darauf zurückzuführen sein, daß ohne jeden Anlaß und Not die Parole eines neuen Kulturkampfes in die Wahlmassen hineingeworfen worden ist. Wenn von Seiten der Zentrumsparthei die Zentrumsfraktion identifiziert wird mit der katholischen Religion, so ist das ein Standpunkt, den ich nicht adoptiere, den ich nicht mitmachen kann. Der Kampf dreht sich auch nicht um das Zentrum als eine konfessionelle Partei, sondern um den Mißbrauch, den das Zentrum, geleitet auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung geübt hat. Die Abstimmung vom 13. Dezember hatte leider bewiesen, daß auch eine für die katholische Kirche und für unsere katholischen Mitbürger gerechte und wohlwollende Regierung nicht vor Feindschaft und Angriffen der Zentrumsparthei sicher ist.

Ich komme jetzt auf einen Punkt, über den sehr begrifflicher Weise der Herr Abg. Spahn rasch hinweggegangen ist. Ich meine das Verhältnis, das in diesem Wahlkampfe obgewaltet hat zwischen der Zentrumsparthei und der sozialdemokratischen Partei. Ein Mitglied der Zentrumsparthei hat im Abgeordnetenhaus mit den Worten gemacht, daß ich die Zentrumsparthei in denselben Topf mit der Sozialdemokratie gemorchen habe. Das ist mir gar nicht eingefallen. Aber zu meinem lebhaften Erstaunen und zu meinem tiefen Bedauern fand ich plötzlich die Zentrumsparthei im Topf der Sozialdemokratie. Wer sich zuerst hingezogen gefühlt hat zum andern, weiß ich nicht; ich weiß nur, daß ich mich unermüdet dieser Koalition gegenüber befand, zu der ich Stellung nehmen mußte. Um so ungerechter ist der Vorwurf, daß ich durch meine Haltung gegenüber der Zentrumsparthei eine Einigung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie unmöglich gemacht hätte. Wenn es zu einer solchen Einigung, auf die ich lange hingearbeitet habe, die noch heute das Ideal vieler guten Patrioten ist, noch nicht gekommen ist, so lag das in erster Linie an der Zentrumsparthei, nicht nur weil sie es zum Bruch mit der Regierung getrieben hatte, sondern weil sie auch demonstrativ an der Seite der Sozialdemokratie Platz nahm. Wenn es eine Partei gibt, die nicht mit der Sozialdemokratie nach ihrem ganzen Gebahren, nach ihrem ganzen Programm, nach ihren Grundfäden, nach ihren Zielen zusammengehen sollte, so ist es die Zentrumsparthei. Das Zusammengehen der Zentrumsparthei mit der Sozialdemokratie war nach meiner Auffassung nicht nur ein grober politischer Fehler, es war auch ein moralisches Unrecht. Es war ein moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die alles in den Staub zieht, was Christen heilig ist. Es war ein schweres moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die hier in diesem Hause für die Patrier Kommune eingetreten ist, die den Erzbischof Darbois guillottiert hat. Daran erinnere ich den Herrn Bebel gegenüber der großen Heiterkeit, die er soeben anstimmte. Die Sache war gar nicht heiter. Die die Dominikaner von Autenail abgeschlachtet haben, für diese Partei haben Zentrumsabgeordnete die Wahlparole ausgegeben. Dieser Partei sind ungefähr zwölf Wahlkreise durch das Zentrum zugeschanzt worden. Ohne Unterstützung von Seiten der Zentrumsparthei würde die Sozialdemokratie, die Partei der Christenfeindschaft, so nannte sie noch vor einigen Tagen ein großes katholisches, ein Zentrumsblatt, auf zwei bis drei Duzend Mandate zurückgeworfen sein. Die Zentrumsparthei mag das jetzt dialektisch verkneipen und vertreiben wie sie will, das Unrecht bleibt bestehen. Ich habe vor und bei der Wahl nicht den mindesten Zweifel darüber gelassen, daß ich jede direkte und indirekte Unterstützung von liberaler Seite für einen Sozialdemokraten durchaus mißbillige. So lange die Sozialdemokratie gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Standpunkt auch gegenwärtig verharrt, der von Herrn Bebel seiner Zeit in so prägnanten Worten formuliert wurde, so lange sollten Wahlbindnisse nur zwischen den bürgerlichen Parteien möglich sein. Die bürgerlichen Parteien sollten auch zu stolz sein, sie sollten zu viel Würde und Selbstachtung haben, um im Wahlkampfe mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, die alle bürgerlichen Parteien mit dem gleichen Haß verfolgt, wie sie sie alle mit derselben verächtlichen Geringschätzung behandelt. Das Zentrum aber, das, wie Sie soeben noch aus dem Munde seines Führers gehört haben, christliche Grundfäden vertritt, in dessen Namen Herr Spahn gesagt hat, daß die ganze Kultur auf dem Christentum beruht, sollte in dieser Beziehung mit dem guten Beispiele vorangehen. Es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus denjenigen Katholiken, vor allem aber den Bischöfen, meinen Dank auszusprechen, daß sie im Wahlkampfe furchtlos und treu ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben. Die Zukunft wird zeigen, wie sehr sie damit im Interesse des Vaterlandes gehandelt haben, als sie nicht kleinlicher Fraktionsarithmetik, gehässigen Manövern und egoistischen Herrschaftsgelüsten Raum gaben, sondern dem Leitstern ewiger Wahrheit folgten. Es ist dann von Wahlbeeinflussungen seitens der Regierung die Rede gewesen. Ich nehme für mich das Recht in Anspruch, die Wähler bei den Wahlen aufzuklären über die Absichten der Regierung und über die Absichten der Gegner der Regierung, und von diesem Rechte werde ich bei weiteren Wahlgängen in einem noch viel größerem Umfange Gebrauch machen. Jawohl, meine Herren, dann werde ich den Wählern noch ein ganz anderes Lied vortragen. Das wäre ja noch besser, wenn gegen die Regierung mit den unerhörtesten Beschimpfungen, Verdrehungen usw. vorgegangen werden darf. Der Regierung aber verbindet man das Maul, sie soll nicht einmal antworten dürfen. Wenn geschossen wird, schießen wir wieder. Das ist übrigens in anderen Ländern auch so. Gerade in den parlamentarisch regierten Ländern nehmen die Minister einen noch viel größeren Anteil an dem Wahlkampfe.

Herr Spahn hat sich auch mit dem Flottenverein beschäftigt, ihm eine ungebührliche politische Tätigkeit und der Regierung

eine unzulässige Verbindung mit dem Flottenverein vorgeworfen. Die Regierung steht dem Flottenverein gerade so unabhängig gegenüber, wie allen anderen Vereinen, Korporationen und Parteien. Was insbesondere die Verstärkung der Flotte und das Tempo ihrer Verstärkung angeht, so können für uns selbstverständlich dabei nur die Ermägungen maßgebend sein, die wir im Interesse des Friedens im Rahmen einer Verständigung über unsere innere und auswärtige Politik für richtig und angemessen halten. Was nun die Briefe angeht, die dem General Keim gestohlen worden sind, was diese dem Flottenverein offenbar in schändlicher und schimpflicher Weise gestohlenen Briefe angeht, so sage ich darüber: Der Flottenverein bezweckt offenbar die Mitwirkung an einer nationalen Aufgabe, indem er in weiten Kreisen Verständnis für die Flotte und für die Notwendigkeit, unsere Küsten zu schützen, erweckt. Da ist es durchaus begreiflich, daß sich Mitglieder des Flottenvereins an diesem Wahlkampfe beteiligt haben, der sich um nationale Fragen und überseeliche Angelegenheiten dreht. Inwiefern der Flottenverein sich hierbei einlassen wollte, das zu beurteilen, ist lediglich seine Sache. Ich bin nicht der Flottenverein, das können Sie schon daraus erkennen, wie er auch über mich geurteilt hat. Wenn aber ein so hervorragendes Mitglied des Flottenvereins zu mir kommt und mir erklärt, daß es sich in den Dienst der nationalen Sache stelle und bei den Wahlen den Standpunkt der Regierung vertreten wolle, so nehme ich solche Unterstützung dankbar an. Es wäre einfach lächerlich und kommt nirgends vor, daß ein leitender Staatsmann, der die Auflösung des Parlaments für notwendig gehalten hat, wenn die Entscheidung beruht, in die Rolle einer Pagode verfallt. Die Regierung ist durchaus berechtigt, die gegen sie erhobenen Angriffe zu widerlegen und hierfür auch das amtliche Material zur Verfügung zu stellen, auch ihren Rat, wenn er erbeten wird, nicht zu verweigern. Ob General Keim in jedem Fall immer das Richtige getroffen hat, das zu entscheiden, ist nicht meine Sache. Aber gegenüber den Verleugnerheiten, die man jetzt ihm mit Hilfe gestohlener Briefe bereitet, will ich laut und dankbar anerkennen, daß der Generalmajor Keim seine Person und seine Kräfte in selbstloser, rastloser, aufopfernder Weise in den Dienst einer guten Sache gestellt hat.

Von diesen Seiten ist die Frage aufgeworfen worden: Wer hat bei diesen Wahlen gesiegt? Nicht die Parteien! Wer in dem Wahlkampfe gesiegt hat, ist das deutsche Volk. Im Vertrauen auf das deutsche Volk, auf den gesunden, patriotischen Sinn des deutschen Volkes haben die Verbündeten Regierungen sich zur Auflösung entschlossen, ich stelle vor dem Volke und namentlich vor dem Auslande fest, daß sich alle diejenigen täuschen, welche nach gewissen deutschen Feblern aus unserer Parteihader, aus unserer Neigung zu übertriebener Kritik daran zweifeln, daß in großen Momenten, wo es sich um das Wohl und die Ehre und die Stellung unseres Vaterlandes handelt, die Regierung über eine große Mehrheit im deutschen Volke verfügt. In dem Schutz aller nationalen Arbeit, in der gleichmäßigen Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbszweige, in dem Schutz, dem vollen Schutz für die Landwirtschaft, in der Förderung der Industrie, in der Fürsorge für die Arbeiter werde ich treu bleiben. Es ist selbstverständlich, daß ich das, was ich durch meine Politik geschaffen habe, nicht selbst zerstören werde. Dazu habe ich um so weniger Veranlassung, als sich diese Politik durchaus bewährt hat, wirtschaftlich und auch politisch bei den Wahlen. Das schließt in sich, daß ich auch denjenigen Wünschen entgegenkomme, die auf anderen Gebieten von der bürgerlichen Linken begehrt werden. Ich denke dabei an eine Reform unseres Vereins- und Versammlungsrechts. Ich denke an Ersparnisse durch Vereinfachungen in der Armeekasse, auch durch Aufhebung der Beamten in ihren Bezügen. Durch die hochherzige Initiative unseres Kaisers soll, wie Sie aus der Thronrede erkennen haben, in der Beschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse einem in weiten Kreisen herrschenden Wunsch entsprochen werden. Im Interesse unseres ganzen Wirtschaftslebens werden, wie ich hoffe, Rechte und Linde darauf hinzuwirken, daß unsere Kapitalmacht gestärkt wird, und daß unsere Börse in den Stand gesetzt wird, ihren Aufgaben als wichtigstes Wirtschaftsinstrument besser als bisher zu genügen. Die Praxis hat zweifellos gezeigt, daß durch einzelne Bestimmungen der gegenwärtigen Gesetzgebung ein erfolgreicher Wettbewerb mit den ausländischen Börsen erschwert wird, was nicht dem wirtschaftlichen Gesamtinteresse des Landes entspricht. Wir werden uns, wie ich hoffe, einige finden in der Fortführung einer gesunden, kräftigen, vorurteilslosen, vernünftigen Sozialpolitik. Auf diesem Gebiete wird nicht Rückschritt und nicht Stillstand, sondern Fortschritt unsere Lösung sein. Unsere Sozialpolitik soll nicht Halt machen, wenn für den Arbeiter der Kampf um die Mittel zum Leben zu werden, der eben so schwer zu kämpfen und zu arbeiten hat, wie die eigentliche arbeitende Bevölkerung. Ich beschränke mich heute auf diese Andeutungen, die Ihnen nur zeigen sollen, daß nach meiner festen Ueberzeugung es sehr wohl möglich ist, eine fruchtbarere, zielbewußte Politik mit derjenigen Mehrheit zu treiben, die zu meiner Genugtuung sich aus den Wahlen ergeben hat. Diese Politik wird um so fruchtbarer sein, je mehr sie getragen wird von Vertrauen zwischen den Mehrheitsparteien unter sich und zwischen Ihnen und den Verbündeten Regierungen. Möge dieses Vertrauen sich immer mehr befestigen und wachsen zum Wohle des deutschen Volkes und zum Befrei der ihm gestellten großen Aufgaben.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 26. Februar.

Das Haus ist sehr gut besetzt. Präsident Graf Stolberg eröffnet um 1 Uhr 20 Min. die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird bekannt gegeben, daß eine Interpellation Albrecht u. Gen. eingegangen sei, betreffend Wahlbeeinflussung durch Behörden und den Flottenverein.

In Fortsetzung der Beratung des Etats führt Abg. Bebel aus: Er sei genötigt, auf die gestrigen Auseinandersetzungen des Reichskanzlers und des Abg. Wassermann gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum zurückzugreifen. Beiden Rednern erscheine es als das größte Verbrechen, wenn ein Bürgerlicher einen Sozialdemokraten wähle. Weiß Wassermann nichts von einem Abkommen der badischen Nationalliberalen mit den badischen Sozialdemokraten. Auch Dernburg hatte nichts übrig für die Kolonien, so lange er Direktor der Darmstädter Bank war. Der Reichskanzler entristet sich über die gestohlenen Briefe des „Bayerischen Kurier“. Kommt das nicht auch sehr oft im Verkehr der Staaten unter einander vor? Warum hat man den geheimen Fonds von 500 000 auf 1 000 000 Mark erhöht? Doch nur, um zu pionieren. Wenn Wassermann sagt, daß der nationale Born des deutschen Volkes bei den Wahlen der Sozialdemokratie gegenüber zum Ausdruck gekommen sei, so mißte gerade die Nationalliberalen bezüglich der Wahl-

erfolge bescheiden sein. Sie hatten 1874 152 Sitze, jetzt 60. Was die Sozialdemokratie verloren hat, wird sie bei den nächsten Wahlen wieder nachholen. Wenn der Reichskanzler den Kampf will, dann möge er doch den Antrag der Sozialdemokratie annehmen und die fünfjährige Legislaturperiode in eine dreijährige umwandeln.

* Berlin, 26. Febr. Dem Reichstag ging ein Antrag Arendt auf Einführung der Wehrsteuer zu, die für die Versorgung der Invaliden und Veteranen zu verwenden ist. Ferner brachte das Zentrum eine Interpellation, betreffend den gegenwärtigen Stand der Strafprozessreform, ein. Weiter ging ein Antrag Dirksen auf eine den heutigen Preisverhältnissen entsprechende Gehaltsaufbesserung der unteren und mittleren Reichsbeamten oder auf Gewährung einer der gegenwärtigen Verteuerung der Lebenshaltung entsprechenden vorläufigen Zulage.

* Berlin, 26. Febr. Die Nationalliberalen brachten im Reichstage einen Antrag Wassermann-Geize ein, welcher die schlechte Vorlage eines Gesetzentwurfs verlanget, durch den die Berechtigung der Mitglieder des Reichstages oder anderer gesetzgebender Versammlungen sichergestellt wird, wegen desjenigen, was ihnen in Ausübung ihres Berufes anvertraut worden ist, oder was sie in Ausübung ihres Berufes anderen anvertraut haben, ihr Zeugnis zu verweigern.

Parlamentarisches aus Hessen.

2 Darmstadt, 26. Februar.

Morgen, Mittwoch, tritt die Zweite Kammer des hessischen Landtags zu einer voraussichtlich längeren Tagung zusammen, die sich hauptsächlich mit dem Staatsvoranschlag für 1907 und den damit im Zusammenhang stehenden Vorlagen befassen wird. Die Zeit für die Etatsberatung ist für das Plenum durch verschiedene Umstände ziemlich knapp bemessen, zumal die Tatsache, daß der erste und der zweite Präsident auch dem Reichstag angehören, gewiß nicht zur Beschleunigung der Geschäfte beitragen wird. Soffentlich legen sich die Landboten im Neben weise Beschränkung auf und auch den Fraktionen wäre zu empfehlen, in dieser Richtung nach dem Vorbild anderer Parlamente etwas mehr Parteidisziplin zu üben, damit nicht wieder, wie in einer früheren Tagung, vier Fünftel der Abgeordneten in der Generaldebatte das Wort ergreifen, um in der Hauptsache lokale Wünsche vorzubringen. Dazu kommt der Umstand, daß die Finanzen Hessens dank der wachsenden Ueberschüsse aus der hessisch-preussischen Eisenbahngemeinschaft sich recht günstig gestaltet, wenn nicht die dringend erforderliche Befriedigung der Beamten- und Lehrerswünsche das Suchen nach neuen Einnahmequellen erforderlich gemacht hätte. Entsprechend einem Wunsch der Beamtenchaft sollen nämlich in ähnlicher Weise wie im Reich und in einer Reihe anderer Bundesstaaten den nicht mit Dienstwohnungen ausgestatteten Beamten Wohnungszuschüsse gewährt werden, während durch eine andere Gehaltskala für die Gehälter der Volksschullehrer diesen ein Höchstgehalt von 3000 M. (seit 1880 2800 M.) eingeräumt werden soll, wobei die von den Lehrern vorgeschlagene Erhöhung des Anfangsgehalts usw. nicht in Erwägung gezogen wurde. Daß dies nicht gefehlt, ist nicht etwa auf mangelndes Verständnis für die Bedürfnisse und die Bedeutung des Lehrerstandes zurückzuführen, sondern lediglich auf finanzielle Erwägungen. Denn auch in der vorgeschlagenen Höhe beider Aufbesserungen erfordern sie etwas mehr als eine Million Mark jährlich, bei einem Gesamtverwaltungsvoranschlag von nicht ganz 60 Millionen gewiß eine schwer ins Gewicht fallende Summe, zumal außerdem auch noch Mittel für eine Aufbesserung der Bezüge der staatlichen Schreibgehilfen und der älteren Pensionäre angefordert werden. Im Landtag herrscht im allgemeinen Geneigtheit, allen diesen Forderungen zuzustimmen, höchstens können noch, vorausgesetzt, daß die Regierung zustimmt, Verbesserungen in der Richtung der von den betreffenden Beamtenkategorien geäußerten Wünsche, vorgenommen werden. Insbesondere herrscht Geneigtheit, die Forderung der Lehrer auf Erhöhung des Grundgehalts und der niederen Gehaltsklassen entgegenzukommen. Zur Deckung des durch die vorgeschlagene Erhöhung erforderlichen Mehrbedarfs schlägt man regierungsseitig an eine Erhöhung der Stempelgebühren für den Immobilienbesitzwechsel vor, der nach den Sätzen der Regierungsvorschläge eine Mehreinnahme von 1 100 000 Mark bringen würde. Trotzdem sich in den davon in erster Linie betroffenen Grundbesitzkreisen eine lebhafteste Agitation hiergegen geltend macht, ist an der prinzipiellen Annahme der Regierungsvorschläge nicht zu zweifeln, zumal die zurzeit erhobenen Sätze wesentlich hinter denen der Nachbarstädte zurückbleiben und auf die Schonung der kleinen Grundbesitzer durch progressive Steigerung der Stempelsätze gebührend Rücksicht genommen ist. Im Interesse des Zustandekommens der Beamten- und Lehreraufbesserung wäre es sicher gelegen, wenn die Bauernbündler ihren Versuch, den Immobiliensteuern, bezw. dessen Erhöhung, fast ausschließlich auf die Städte abzuwälzen, nicht weiter fortführen würden. Das wäre schon deshalb zu erwarten, weil die Erhöhung der Lehrergehälter fast ausschließlich den auf dem Lande wohnenden Lehrern zugute kommt und deshalb zu einem großen Teil auf dem Lande ausgegeben werden wird, da die Städte durchschnittlich bereits bedeutend höhere Gehälter bezahlen.

Zu politischen Auseinandersetzungen, die sonst hauptsächlich zwischen Zentrum und Sozialdemokraten stattfinden, bietet die diesmalige Etatsberatung wenig Zeit und wohl auch wenig Neigung, da naturgemäß die gleichzeitig stattfindenden Reichstagsverhandlungen in dieser Be-

ziehung alles politische Interesse beanspruchen werden. Höchstens könnte man einige Aufklärung über die Gestaltung des Verhältnisses von Zentrum und Bauernbund zu erwarten haben, denn das Land hat schließlich Interesse daran, ob das innige Handinhandgehen beider Parteien bei den Reichstagswahlen, bei dem die Bündler ausschließlich der empfangende Teil waren, nicht durch kleine Gefälligkeiten auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik bezahlt werden muß.

Aus den Kolonien.

(Telegramme.)

* **Hamburg, 26. Febr.** Die „Boermann-Linie“, die bisher alle zwei Monate 6 große Dampfer nach Swafopmund und Lüderichbucht expedierte, erklärte, sie sei bei der ungenügenden Unterstützung auf die Dauer nicht in der Lage, eine solche Dampferverbindung nach den Schutzgebieten aufrecht zu erhalten. Die Regierung habe ein Abkommen mit der englischen Goustone-Linie für die Verbindung Swafopmunds mit Kapstadt getroffen und dieser Linie das Monopol übertragen. Die Boermann-Linie kündigt infolge dessen den 14tägigen Dienst mit zwei Dampfern, wofür mit der Reichspost ein Vertrag bestand. Sie wird vom 1. Juli nur einen vierwöchentlichen Dienst mit einem Dampfer betreiben.

* **Berlin, 26. Febr.** Kolonialdirektor Dernburg beabsichtigt, Lt. Lokalanst., seine erste Kolonialreise, für die vier Monate in Aussicht genommen sind, auf Ostafrika zu beschränken. Er gedenkt seine Reise unmittelbar nach Schluß der Reichstagsession, der etwa Mitte Mai zu erwarten sein dürfte, anzutreten.

* **Hamburg, 26. Febr.** Heute vormittag traf der Postdampfer „Professor Wörmann“ mit zehn Offizieren und 310 Unteroffizieren und Mannschaften, sowie mehreren Krankenpflegern vom Roten Kreuz, aus Südwestafrika kommend, vor Cuxhaven ein.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

* **London, 26. Febr. Unterhaus.** Die Anfrage des Konserativen Hunt, welche Reserven außer den 14 Linien Schiffen der Kanalflotte mit Rücksicht auf die demnächst von Deutschland erwartete Stärke seiner aktiven Schlachtflotte von 16 bzw. 18 Linien Schiffen zur sofortigen Verstärkung der Flotte in den heimischen Gewässern im Bedarfsfalle bereit gehalten werden, beantwortet der Admiraltätssekretär Robertson. Dieser erklärt, daß er es zunächst nicht billigen könne, wenn eine bestimmte fremde Macht als mutmaßlicher Gegner Großbritanniens hingestellt werde, daß er in der Sache selbst aber die Annahme, daß die Flotte in den heimischen Gewässern einem plötzlichen Angriff nicht gewachsen sei, als unrichtig bezeichnen müsse. Kriegsminister Salisbery legt sodann das Heeresbudget vor und bespricht in eingehender Weise seine Reorganisationsvorläge. Er erklärt, daß das gegenwärtige System der militärischen Organisation auf nationaler Grundlage beruhe und daß bisher keine gründliche gebildete Streitmacht ins Feld gestellt werden könne, die viel härter sei, als drei Divisionen. Sein Vorschlag gehe dahin, die Streitkräfte in zwei Kategorien zu teilen, und zwar in eine Feld- und eine Territorialarmee. Die Feldarmee sei so zu organisieren, daß sie jederzeit mobilisationsbereit sei. Die Territorialarmee sei zwar auch im Kriegsfalle zu mobilisieren, aber in erster Linie zum Zweck einer kriegsmäßigen Ausbildung von 6 Monaten Dauer. Salisbery führt weiter aus, daß die Regierung hoffe, binnen kurzer Zeit eine Feldarmee von 4 Kavalleriebrigaden und 6 Infanteriedivisionen mobil machen und auf dem Kriegsfuß erhalten zu können. Er bespricht dann die Reorganisation der Artillerie und erklärt, er hoffe, aus den bestehenden Hilfstruppen eine wohlorganisierte Territorialarmee von 40 Infanteriedivisionen und 14 Kavalleriebrigaden in Stärke von zusammen 300 000 Offizieren und Mannschaften bilden zu können. Salisbery fährt fort, die nach seinem Plane organisierte Feldarmee werde eine 160 000 Mann starke sein. Er bespricht dann in einzelnen verschiedenen Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit der Territorialarmee, welche die Festungen besetzen und etwaige Einfälle zurückschlagen sollte, falls die Feldarmee im Auslande in Anspruch genommen sei. Am Schluß der Rede, die drei Stunden in Anspruch nahm, sagte Salisbery, eine reguläre Feldarmee werde eben völlig in sich gefestigte Organisation bilden, die unabhängig von der Weisung sei, während die Territorialarmee eine so leistungsfähige sein werde, daß das Volk keine Besorgnis vor Einfällen in das Land zu hegen brauche. Die Kosten der Unterhaltung schätze er für 300 000 Mann jährlich auf 2 886 000 Pfund Sterling, während die Ausgabe für die jetzigen Hilfstruppen in Stärke von 300 000 bis 400 000 Mann auf 4 400 000 Pfund Sterling sich belaufen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 26. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag 11 Uhr den Präsidenten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Geheimrat Freiherrn von Marschall, zum Vortrag. Hierauf meldeten sich folgende Offiziere: Oberleutnant von Beck beim Stabe des Oldenburgischen Infanterieregiments Nr. 91, bisher im 1. Badischen Leibgrenadierregiment Nr. 109, sowie die Oberleutnants Gentschel vom Schleswig-Holsteinischen Infanterieregiment Nr. 163, von Garnier vom Grenadierregiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommerschen) Nr. 2, von Kummer vom Oldenburgischen Infanterieregiment Nr. 91 und Leutnant von Loewenich vom Infanterieregiment Graf Bose (1. Thüringischen) Nr. 31, alle bisher bei der Unteroffizierschule in Ettlingen.

Nach der Mittagstafel machten die Großherzoglichen Herrschaften eine Spaziersfahrt. Um 5 Uhr nahmen Höchstselben mit Seiner königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Schweden den Tee bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen und Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Max.

Später hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Vabo.

Abends 8 Uhr findet zu Ehren Seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen von Schweden eine Hofstafel statt, an welcher Ihre königlichen Hoheiten der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin teilnehmen werden. Hierzu sind unter Andern Einladungen an die Gemahlin des Königlich Preussischen Gesandten von Eisenacher, den Kommandierenden General des 14. Armeekorps, General der Infanterie von Bod und Polach, mit Gemahlin, und an Damen und Herren des Großherzoglichen, Erbgroßherzoglichen und Schwedischen Hofes ergangen.

* (Engerer Ausschuss der Nationalliberalen Partei Badens.) In Vollzug des in Billingen beschlossenen neuen Parteistatus erfolgte zu Beginn der Sitzung am letzten Sonntag die Neukonstituierung des Engeren Ausschusses, der sich aus den Abgeordneten der Landespartei, aus den Vertretern der 14 Reichstagswahlkreise und aus je acht von der Landesversammlung und dem Jungliberalen Landesverband gewählten Mitgliedern, sowie aus dem Geschäftsführenden Ausschuss zusammensetzt. Zum Vorsitzenden des Engeren Ausschusses wurde einstimmig der Chef der nationalliberalen Landtagsfraktion, Abg. Dr. Binz, gewählt. In den Geschäftsführenden Ausschuss wurden folgende Herren gewählt: Landtagsabgeordneter Rehm (Vorsitzender), Oberrechnungsrat Gausgell (Schriftführer), Stadtrat Paendel (Kassier), Fabrikant Dillertus = Fortzheim, Oberamtsrichter Dr. Koch = Mannheim, Rechtsanwalt König = Mannheim, Bankier Meyer = Baden, Rechtsanwalt Dr. Krombach = Offenburg, Parteisekretär Ziegler = Karlsruhe; die Zuwahl neuer Mitglieder steht dem Engeren Ausschuss zu.

r. (Der Badische Frauenverein) hat Herrn Professor Dr. Brunner an der Technischen Hochschule dahier für die Abhaltung eines Vortrages über das Thema „Aus dem Leben und Wirken unseres Großherzogspaares mit Vorführung einer großen Zahl von Lichtbildern“ gewonnen. Die Veranstaltung, die für den 5. März in Aussicht genommen ist, verspricht außerordentlich interessant zu werden. Wir behalten uns weitere Mitteilungen hierüber vor.

* (Konzert Emmy von Noden.) Auf den morgen Mittwochabend im Museumsaal stattfindenden Arien- und Liederabend machen wir nochmals aufmerksam.

Z.-B.f.M.u.H. (Schneebeobachtungen.) Die Schneehöhen haben während der verfloffenen Woche in den höheren und mittleren Lagen des Landes zuerst ab-, dann aber wieder erheblich zugenommen; zurzeit liegen im hohen Schwarzwald ungewöhnlich große Schneemengen, die an vielen Orten mächtiger sind, als die größten seit dem Jahre 1888 gemessenen Höhen. Am Morgen des 23. Februar (Sonntag) sind folgende Höhen gemessen: in Dürrenheim 44, in Stetten a. l. M. 46, in Heiligenberg 70, in Bollhaus 70, beim Feldberger Hof 250, in Tittise 125, in Bonndorf 52, in Hohenbach 119, in Bernau 125, in Gerbach 172, in Rodtmauer 172, in Gerbrunn 94, in St. Margen 158, in Kniebis 128, in Weidenbrunn 122, in Gerrenwies 100, in Kalkenbrunn 98, in Tiefenbrunn 12, in Krauchheim und Strümpfelbrunn 28, in Eisen 7 und in Ruchen 14 Zentimeter.

* Wegen Mangel an Raum mußten mehrere Korrespondenzartikel und Lokalberichte zurückgestellt werden.

w. Mannheim, 26. Febr. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin hat, wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet, den Angehörigen der bei dem Untergang der „Berlin“ ums Leben gekommenen Hofopernsängerin Helene Schöne ihr herzlichstes Beileid aussprechen lassen.

oc. Baden, 26. Febr. Zu Ehren des Ministers des Innern a. D. Dr. Eisenlohr, welcher gestern die Feier seines 74. Geburtstages beging, wird in dankbarer Anerkennung der Verdienste des Ministers um das badische Land u. um der Freude Ausdruck zu geben, daß Minister Eisenlohr unsere Stadt als Ruhestätte gewählt hat, der Stadtrat eine StraÙe Eisenlohrstraße nennen.

X. Baden, 26. Febr. Gestern Abend hielten die hiesigen liberalen Vereine eine Versammlung ab, welche sich mit Parteifragen und mit der Organisation beschäftigte. Nach längerer Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Herbeiführung zunächst einer taktischen Annäherung und eines taktischen Zusammenwirkens der liberalen Parteien für wünschenswert erklärt wird, im Interesse der Herbeiführung einer einzigen großen liberalen Partei, in der die Versammlung auf die Dauer den einzigen Hort erblickt gegen Rückschritt und Umsturz. Des Weiteren wurde noch eine Resolution angenommen, wonach die nationalliberale Kammerfraktion bei Wiederzusammentritt des Landtags mit aller Entschiedenheit für eine im Verhältnis zu der allgemeinen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung stehende Regelung der Beamtengehälter eintreten soll.

oc. Nenden, 26. Febr. Hier starb letzten Donnerstag im Alter von 58 Jahren der Kriegsveteran Augustin Krauß. Der Verstorbenen nahm im Juli 1870 als Dragoner des Regiments Nr. 22 an dem bekannnten Metzbesatzungsritzt unter Hauptmann Graf Jepselin ins Elß teil. Diese kühnen Reiter drangen bekanntlich bis über Wörth vor und wurden von französischen Soldaten überfallen. Leutnant Winkels wurde tödlich verwundet, die Dragoner gefangen genommen. Graf Jepselin allein entkam mit heiler Haut und gelangte anderen Tages glücklich nach Karlsruhe. Der nun verstorbene Dragoner kehrte nach dem Kriege aus der Gefangenschaft zurück.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Paris, 26. Febr. Wie aus Rom berichtet wird, empfing der Papst gestern drei französische Bischöfe und teilte ihnen amtlich mit, daß die Verhandlungen mit der französischen Regierung abgebrochen seien und keine Hoffnung mehr auf Erzielung eines Einvernehmens vorhanden sei. Der Papst fügte einige Weisungen hinzu, welche ungefähr folgendermaßen lauteten: Der französische Episkopat möge den Status quo aufrecht erhalten; die Priester mögen nach wie vor in den Kirchen bleiben, welche Entschädigungen auch immer die französische Regierung treffen möge.

* Rom, 26. Febr. Deputiertenkammer. Die Petitionskommission erbatte ihren Bericht über die Petitionen mehrerer Frauen, den Frauen das politische Stimmrecht zu gewähren. Im Laufe der Verhandlung über den Bericht erklärte Ministerpräsident Giolitti, bei gewissen Grundreformen könne man nur schrittweise vorgehen, er könne deshalb bezüglich der Frage des Frauenstimmrechts zurzeit eine verbindende Erklärung nicht abgeben, sondern nur versprechen, daß er die Frage studieren wolle. (Lebhafter Beifall.) Auf Antrag des Deputierten Lucifere und mit Zustimmung des Ministerpräsidenten werden die Petitionen dem Minister des Innern überwiefen.

* Washington, 26. Febr. Staatssekretär Root stellte gestern den neu ernannten englischen Volschafter Bryce dem

Präsidenten Roosevelt vor. Bryce gab dem Wunsch König Eduards nach Aufrechterhaltung und Stärkung der herzlichen Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten Ausdruck. Roosevelt erwiderte, er könne der Sendung Bryces Erfolg voraussetzen, da beide Länder von dem gleichen herzlichen Wunsch befeelt sind. Wo immer in der Welt die angelsächsische Rasse Fuß gefaßt, sei ihr Bestreben gleichmäßig auf die Förderung des großen Gedankens der repräsentativen Regierung gerichtet gewesen.

* Washington, 26. Febr. Der Senat genehmigte den Vertrag mit San Domingo, betreffend die Erhebung der Steuern durch die Vereinigten Staaten.

* Washington, 26. Febr. Einem Berichte aus Managua zufolge nahmen die Truppen der Republik Nicaragua die Stadt St. Marcos ein. Die Verteidigung von Honduras führt der Kriegsminister Ordonez.

* Madrid, 26. Febr. Der „Heraldo“ meldet: Die japanische Regierung habe sich mit Frankreich wegen der Organisation der Polizei in Tanger, Casablanca und anderen Häfen Marokkos geeinigt.

* Paris, 26. Febr. Die entgeltliche Bildung der Gesellschaft „Marokkanische Staatsbank“ ist in der Generalversammlung, die auf heute einberufen worden war, erfolgt. Die Versammlung des Verwaltungsrats wird in Paris stattfinden.

Verschiedenes.

Zum Untergang der „Berlin“.

† Cardiff, 26. Febr. Der Dampfer „Vienna“ ist heute morgen mit 15 weiteren Leichen des Dampfers „Berlin“ hier angekommen, wodurch sich die Zahl der hierher gebrachten Leichen auf 36 erhöht.

† Doel van Holland, 26. Febr. Unter den geborgenen Leichen ist eine als die der Sperrfängerin Hermine Lehmann aus Eetin refognosziert worden.

† Köln, 26. Febr. Bei dem Elektrizitätswert in Oggersheim hatten 99 Zigeuner sich gelagert und wollten die Holz- und Kohlenvorräte des Wertes plündern. Die Polizei wurde von ihnen mit Revolverkugeln empfangen. Erst als Verstärkung ankam, gelang es nach blutigem Kampfe, die Zigeuner zurückzutreiben. Mehrere Führer wurden verhaftet.

† Budapest, 26. Febr. In der Nähe von hier wurde ein Lastzug der Szegender Kleinbahn von einer 30 köpfigen Bande mit falschen Signalen zum Halten gebracht. Das Personal wurde durch Revolverkugeln vertrieben und eine große Menge Kohlen geraubt. Die Polizei verhaftete sechs Räuber.

† Glasgow, 26. Febr. Die Fälle von Genickstarre mehrten sich hier fortwährend. Seit Samstag sind 12 Todesfälle und 12 Erkrankungen zu verzeichnen.

† Kopenhagen, 26. Febr. Der neue englische Legationsrat Vaughan entdeckte bei der Öffnung seines Briefes von Italien angekommenen Gepäcks, daß das ganze Silbergeschloß von bedeutendem Werte gestohlen war. Der Diebstahl ist vermutlich entweder in Italien oder während des weiteren Transportes auf dem Festlande begangen worden. Die Untersuchung wird eifrig betrieben.

† Christiania, 26. Febr. Nach einer Meldung aus Opfthm am Nordfjord ist das Gefäß Tunold durch einen Schneesturz fortgerissen worden, wobei acht Menschen umgekommen sind. Ein Schneesturz traf auch das Gefäß Holsbæk in Gibringen. In dem Haus befanden sich zehn Personen, Frauen und Kinder, und es besteht wenig Hoffnung, daß sie gerettet werden können.

† Nowgorod, 26. Febr. Eine Abteilung des Wiborger Regiments ist heute nach Berlin abgereist, um dem Deutschen Kaiser, der Chef des Regiments ist, ein Schlachtmalde, das die Erhöhung der Krantungshöhe darstellt, zu überbringen.

† Guelma (Algerien), 26. Febr. In dem Duar Mechahalla der gemischten Gemeinde Laverdure kürzten infolge des schlechten Wetters mehrere Sitten ein; Leichen wurden bereits geborgen; man befürchtet, daß noch eine große Zahl Opfer unter den Trümmern liegt.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 27. Febr. 19. Ab. Vorf. „Mag und Morig“, ein Bühnenstück in 6 Akten, nach der bekannten Bühnengeschichte von Wilhelm Busch, Musik von Fritz Weder. — „Die Puppen“, Ballett in 3 Akten, Musik von J. Baher. Anfang halb 7 Uhr, Ende halb 9 Uhr.

Für jede Person ist eine Eintrittskarte zu lösen.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 26. Februar 1907.

Über Mitteleuropa hinweg zieht sich heute ein Rücken hohen Druckes, der zwei Depressionen von einander trennt, von denen die flachere über Unteritalien, die andere, sehr tiefe, über Nordskandinavien liegt. Im Binnenland hat es vielfach aufgefällt, in den Küstengebietern ist es dagegen noch trüb und zu Niederschlägen geneigt. Vorerst ist veränderliches Wetter ohne erhebliche Niederschläge und mit wenig veränderten Temperaturen, später Zunahme der Bewölkung zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 26. Februar, früh.

Lugano wolkenlos — 1 Grad; Biarritz wolkenlos 1 Grad; Nizza wolkenlos 5 Grad; Triest wolkenlos 3 Grad; Florenz wolkenlos 4 Grad; Rom wolkenlos 3 Grad; Cagliari wolkenlos 7 Grad; Brindisi halbbedeckt 6 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in mm	Relativfeuchtigk. in Proz.	Windrichtung	Witterung
25 Nachts 9 ⁰⁰ U.	759.2	1.7	4.7	91	SW	bedeckt
26 Mts. 7 ⁰⁰ U.	760.8	-0.5	4.1	92	SW	„
26 Mts. 9 ⁰⁰ U.	760.3	5.1	4.7	73	SW	„

Höchste Temperatur am 26. Februar: +2.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -2.0
Niederschlagsmenge des 26. Februar: 0.0 mm.
Schneehöhe 0.0 cm.

Wasserstand des Rheins am 26. Februar, früh: Schusterinsel 1.86 m, gefallen 4 cm; Rehl 1.94 m, gefallen 16 cm; Magaz 3.60 m, gefallen 23 cm; Mannheim 3.34 m, gefallen 31 cm

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Deutsche Effecten- & Wechsel-Bank

Kaiserstrasse 30 Frankfurt a. M. Kaiserstrasse 30

Besorgung aller ins Bankfach einschlagenden Geschäfte

An- und Verkauf von Wertpapieren an den deutschen Börsen zu den billigsten Bedingungen, an der Berliner Börse ohne Hinzurechnung einer hiesigen Gebühr. Ausführung von Aufträgen an den Börsen von London und Paris zu den daselbst bestehenden Courtagesätzen, gleichfalls ohne Berechnung einer hiesigen Gebühr.

An- und Verkauf von Wechseln auf deutsche u. auswärtige Plätze, von Sorten, Coupons u. fremden Banknoten. Ausgabe von Creditbriefen auf die europäischen und aussereuropäischen Hauptplätze.

Gewährung von Vorschüssen je nach besonderen Vereinbarungen zu mässigen Bedingungen.

Bareinlagen mit kurzer oder längerer Kündigungsfrist werden vorteilhaft verzinst.

Errichtung provisionsfreier Scheckkonten.

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (geschlossene und offene Depots) gegen billige Vergütung.

Vermietung von Schrankfächern (Safes).

Besondere neu errichtete

Abteilung für Geschäfte in Kuxen und Wertpapieren ohne Börsennotiz.

(Unsere Liste mit Geboten und Offerten wird Interessenten kostenlos zugest.)

Unser täglich erscheinendes Coursblatt mit ausführlichen Tages- und Wochen-Berichten der Frankfurter Börse bringt als regelmässige Beilagen Wochenberichte aus London und Paris, wöchentliche Preislisten von Kuxen und Wertpapieren ohne Börsennotiz, ferner täglich Anstellungen und Gebote für Wechsel und Wertpapiere sowie Verlosungslisten. Abonnements bei allen Postämtern. Probenummern durch uns gratis und franko.

Unsere Wechselstube ist von 8¹/₂ Uhr morgens bis 6 Uhr abends ohne Unterbrechung (also auch ohne Mittagspause) geöffnet und während der Börsenzeit (12-3 Uhr) beständig telephonisch mit der Börse verbunden. G.453.8.1

Karlsruhe - Museumssaal.

Mittwoch den 27. Februar 1907, abends 8 Uhr

Konzert

Arien- und Liederabend
der Opernsängerin

Emmy van Roden

vom Königlichen Theater in Hannover
unter Mitwirkung der Königlichen Hofharfenistin
Frida Bufé-Stuttgart

Am Klavier: Kapellmeister **Georg Hofmann**
Blüthner-Konzertflügel aus dem Lager des Hoflieferanten
L. Schweisgut hier. G.460

Eintrittskarten: Saal 4, 3, 2 M., Galerie 2.50 und 1 M., in der

Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz

Kaiserstrasse 114, Telephon 1850, und Abendkasse.

Italienische Schweiz **LUGANO** Italienische Schweiz
Vom 15. Februar bis 30. März 1907
Billige und doch feine Pension in
Béhas *hochelegantem neuem* **Hôtel de la Paix**
G.71.12.12 Sonntags Lage - Zentralheizung.
Alexander Béhas.

Pianino
vom **Kaim & Günther**, in jeder Hinsicht musterghüttaes Instrument, steht unter **Garantie** billig zum Verkauf.
Musikalienhandlung
Hans Schmidt G.m.b.H.
Karlsruhe
Ede Kaiser- und Lammstrasse
Telephon 1647.

Gesangunterricht
für Konzert und Oper
erteilt
Elisabeth Gatzmann
Bunsenstr. 7 G.459

Bürgerliche Rechtsstreite.
Öffentliche Zustellung einer Klage. G.443.2.1. Nr. 2730. Karlsruhe. Die Kinder: Barbara Seiler, geb. am 8. März 1903, und Anna Maria Seiler, geb. am 5. November 1906, vertreten durch ihren Vormund Peter Seiler II., Bahnarbeiter in St. Nogen, klagen gegen den **Wilhelm Reinhard**, Bahnarbeiter, zuletzt wohnhaft gewesen in St. Nogen, jetzt an unbekanntem Ort sich aufhaltend, auf Grund des § 1708 B.G.B. mit dem Antrage, den Beklagten durch ein für vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urteil zu verurteilen: An jede der

beiden Klägerinnen von ihrer Geburt an bis zur Vollendung ihres sechszehnten Lebensjahres als Unterhalt eine in vierteljährlichen Raten voraus zahlbare Geldrente von vierteljährlich je 45 Mark, und zwar die rückständigen Beträge sofort, zu zahlen.

Die Klägerinnen laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Heidelberg auf

Dienstag den 23. April 1907, vormittags 9 Uhr,
Zimmer Nr. 23.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Heidelberg, den 21. Februar 1907.
Verrel,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage. G.448.2.1. Nr. 3930. Karlsruhe. Der Herrschaftsdienere **Karl Gustav Gotter** in Baden - Baden - Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. L. Haas in Karlsruhe - klagt gegen den Fürsten **Nikolaus Nikolajewitsch Gagarine**, früher zu St. Petersburg, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund der Behauptung, daß die am 30. April 1906 in Baden - Baden verstorbene Erzherzogin Marie Nikolajewna, Witwe des Generals der Infanterie **Michael Dimitriewitsch Stobeleff II.**, ihm durch eigenhändiges Testament vom 25. März 1905 ein Vermächtnis von 30 000 M. zugewendet habe, daß der Beklagte als gesetzlicher Erbe der Erblasserin das Testament und die Verfügung zugunsten des Klägers nicht anerkennen wolle, mit dem Antrage,

1. auf Feststellung, daß dem Kläger gegenüber das eigenhändige Testament der Erzherzogin Marie Nikolajewna, Witwe des Generals der Infanterie **Michael Dimitriewitsch Stobeleff II.**, in Baden - Baden vom 25. März 1905 zu Recht bestche, und daß demgemäß der Kläger aus der Verlassenschaftsmasse ein Vermächtnis von 30 000 M.

zu beanspruchen habe, 2. auf Verteilung zur Zahlung von 30 000 M. nebst 4 Proz. Zins vom 14. Mai 1906 aus der Verlassenschaftsmasse.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf

Donnerstag den 25. April 1907, vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 23. Februar 1907.
Repple,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage. G.449.2.1. Nr. 3931. Karlsruhe. Die **Gertrud Gassen** in Baden - Baden - Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. L. Haas in Karlsruhe - klagt gegen den Fürsten **Nikolaus Nikolajewitsch Gagarine**, früher zu Baden - Baden, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund der Behauptung, daß die am 30. April 1906 in Baden - Baden verstorbene Erzherzogin Marie Nikolajewna, Witwe des Generals der Infanterie **Michael Dimitriewitsch Stobeleff II.**, durch eigenhändiges Testament vom 25. März 1905 sie mit einem Vermächtnis bedacht habe, daß der Beklagte als gesetzlicher Erbe der Erblasserin das Testament und die Verfügung zugunsten der Klägerin nicht anerkennen wolle, mit dem Antrage,

1. Es wird festgestellt, daß der Klägerin gegenüber das eigenhändige Testament der Erzherzogin Marie Nikolajewna, Witwe des Generals der Infanterie **Michael Dimitriewitsch Stobeleff II.**, in Baden - Baden vom 25. März 1905 zu Recht besteht und daß demgemäß die Klägerin das Recht hat, I. aus den Möbeln, Teppichen, Uhren, Haushaltungsgegenständen (Küche), alles das zu nehmen, was sie wünschen wird,
II. daß ihr außerdem die gesamte Toilette, Garderobe und Tischwäsche überlassen ist,
III. daß ihr ferner aus der Verlassenschaftsmasse ein Kapital von 100 000 M. nebst 4 Proz. Zins vom 14. Mai 1906 an zusteht, und sie IV. die Zinsen eines Kapitals von 170 000 M. vom Todestage der Erblasserin an zu beanspruchen hat.

2. Falls der Testamentserbe **Graf Nikolaus Mourawioff** als Testamentserbe ausscheiden sollte, ist der Beklagte schuldig, aus der Verlassenschaftsmasse an die Klägerin die oben bezeichneten Beträge zu zahlen, nämlich 100 000 Mark nebst 4 Proz. Zins vom 14. Mai 1906 und vom Todestage der Erblasserin an alle 6 Monate bis zum Tode der Klägerin 4 Proz. Zinsen jährlich aus 170 000 M.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf

Donnerstag den 25. April 1907, vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 23. Februar 1907.
Repple,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Aufgebot.
G.463.2.1. Nr. 4338. Waldshut. Der Abwesenheitspfleger **Karl Rühlhaupt** in Nellingen hat mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts beantragt, die verstorbenen 1. **Wiburga Rühlhaupt**, geboren 20. Oktober 1815, 2. **Johanna Rühlhaupt**, geboren 6. Juli 1831, beide zu Nellingen, im Jandau zuletzt wohnhaft dajelbst, für tot zu erklären.

Die bezeichneten Verstorbenen werden aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.

Aufgebotsstermin vor Großh. Amtsgericht 2 in Waldshut ist bestimmt auf **Mittwoch den 27. November 1907, vormittags 9¹/₂ Uhr.**

Waldshut, den 21. Februar 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Schmitt.

Konkursverfahren.
G.473. Nr. 1550. Freiburg. Ueber das Vermögen der Ingenieur **Eugen Köpfer** Ehefrau, Anna geb. Köpfer in Freiburg, Inhaberin der Firma „A. Köpfer, Papierhandlung und techn. Verbandschiff“, wurde heute am 24. Februar 1907, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt **Eugen Meyer** in Freiburg wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 16. März 1907 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 5, zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeraussschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag den 22. März 1907, vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 2. April 1907, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verpacken oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. März 1907 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 24. Februar 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:
Mohr.

Konkursverfahren.
G.474. Nr. 1561. Freiburg. Ueber das Vermögen des **Alfred Sieber**, Drechsler in Freiburg, wurde heute am 25. Februar 1907, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **G. Montigel** hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 16. März 1907 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeraussschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag den 22. März 1907, vormittags 10 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 2. April 1907, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verpacken oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. März 1907 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 25. Februar 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:
Mohr.

Konkursverfahren.
G.475. Nr. 2047. Freiburg. In dem Konkurs über das Vermögen des **Franz Gludner**, Zementwarenfabrikant, Freiburg, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen anberaumt auf

Montag den 11. März 1907, vormittags 11 Uhr,
Zimmer Nr. 8.

Freiburg, den 20. Februar 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 4:
Zimmermann.

G.462. Nr. 3322. Karlsruhe.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Privatier **Rathaus Schweiger** Ehefrau **Margaretha geb. Bodhorn** hier eingetragene nachstehend beschriebene Grundstück am

Montag den 8. April 1907, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat - in dessen Diensträumen, Adlerstraße 25, 1. Etod, Seitenbau, Zimmer Nr. 9, in Karlsruhe - versteigert werden:

Grundbuch Karlsruhe, Band 399, Heft 18, Lsg.-Nr. 4015 d. 5 a 82 qm Hofreite Belgienstraße 24; hierauf erbaut ein dreistöckiges Wohnhaus, amtlich erschätzt auf . . . 60 000 M.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. November 1906 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen, das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungs-urkunde, ist jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Zur Erörterung über das geringste Gebot werden die Beteiligten auf **Mittwoch den 27. März 1907, vormittags 9 Uhr,**

in die Diensträume des Notariats, Adlerstraße 25, 2. Etod, Zimmer Nr. 6, geladen.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt.

Karlsruhe, den 22. Februar 1907.
Großh. Notariat VIII
als Vollstreckungsgericht.
E. Deßheimer.

Bekanntmachung.

Die erste Staatsprüfung der Geometer betreffend.

Die Geometerkandidaten, die der diesjährigen ersten Prüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgeluche spätestens bis am 20. März d. 3. bei der unterzeichneten Stelle einzureichen und in die in § 11 der Landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1898, S. 427) vorgeschriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben.

Karlsruhe, den 25. Februar 1907.
Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.
Bodman. Wädert.

Kupfholzversteigerung.

Das **Großh. Forstamt Gerlachsheim** versteigert mit Vorgriff bis zum 1. November 1907 am

Sonntag den 9. März 1907, vormittags 9 Uhr,

im Saale der Brauerei Rüger in Lauda aus den Domänenwaldungen **Karlsdorf, Röhrlig, Borbergschlag, Bernersklippe, Weichschloßholz, Brennschlag** und **Ramsberg** auf Gesamtingeld:

Sachsen: 5 I., 23 II., 46 III., 69 IV. und 10 V. Klasse. **Weißbuchen:** 4 I., 48 II. und 38 III. Klasse. **Rothbuchen:** 40 I. Klasse. **Ahorn:** 1 I., 43 II. und 7 III. Klasse. **Eichen:** 2 II. und 2 III. Klasse. **Aspen:** 5 III. Klasse.

Sortierung nach der Verordnung vom 18. September 1899. G.444.2.1

Ausgabe kostenfrei durch das Forstamt. Das Holz jetzt vor: im **Ramsberg Domänenwald** der **Baumann** in Gerlachsheim, in den übrigen Abteilungen **Forstwart Volkert** in Heßfeld.

Kanalisationsarbeiten.

Die Ausführung der Entwässerung des Bahnhofsvorplatzes und der Gebäude der Station **Mannheim-Neckarau** soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. G.397.3.

Die Bedingungen und die Zeichnungen liegen in den üblichen Dienststunden auf unserer Kanzlei auf, wo auch die Angebotsvorbeurteilung zu erheben sind.

Angebote sind verschlossen und versiegelt bis zum Eröffnungstermin am 9. März d. 3., nachmittags 5 Uhr, bei uns einzureichen.

Mannheim, den 18. Februar 1907.
Großh. Bauinspektion.